

Pulsnitzer Tageblatt

Kernspracher 18. Tel.-Adr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 148 **Bezirksanzeiger**

Wochenblatt Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Erscheint an jedem Werktag** — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Beilenmesser 14)
1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm
30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großschörsdorf, Bretznig, Hauswalde, Dhorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. F. P. & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 61

Donnerstag, den 13 März 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Freitag, den 14. März 1930, vormittags 11 Uhr,

sollen in Oberlichtenau, Sammelort der Bieter: Gasthof zu den Linden

1 kompl. Radioanlage, 1 Damenrad, 1 Büfett, ca. 7 m Anzug-
stoff, Turnhosen, Strickjacken, Handschuhe u. a. m.

meißbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 13. März 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar
bestem Erfolg.

Der Youngplan in dritter Lesung endgültig angenommen

Mit 266 gegen 193 Stimmen — Ganz knappe Mehrheit für das Polenabkommen

Aussetzung der Verkündung der Gesetze — Polenabkommen vom Reichspräsidenten nicht unterzeichnet

Die Berliner Blätter zur Annahme des Youngplanes — Jugenberg erklärt: „Ein schwarzer Tag!“ — Unruhen in Indien

Die Väter der neuen Finanzgesetze.



Deutscher Reichstag.

140. Sitzung, Mittwoch, den 12. März.

Der Reichstag begann am Mittwoch mittag die dritte
Beratung des Young-Planes und der damit verbun-
denen Gesetze. Am Regierungstisch hatte der Reichskanz-
ler mit den übrigen Mitgliedern des Kabinetts Platz genom-
men. — Sämtliche Oppositionsparteien hatten im Reichstag
einen Antrag eingebracht, wonach die Verkündung der Young-
Gesetze um zwei Monate ausgesetzt werden soll. — Die Kom-
munisten hatten außerdem einen Misstrauensantrag gegen
Reichskanzler Müller eingebracht.

Zu Beginn der Aussprache nahm sofort

Reichskanzler Müller

das Wort. Er erklärte, die Regierung habe in keinem Stadium
der Verhandlungen ein Gehl daraus gemacht, daß Sachverständi-
genplan und die damit verbundenen Abkommen auch noch ihrer
Überzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands
weit zurückblieben. Die Kritik an dem Plan sei in manchen
Punkten leider berechtigt. Reichskanzler Müller meinte, die Re-
gierung sei der Überzeugung, daß sie in der Neuregelung einen
Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge erblicke.
Dann befaßte er sich mit den

**Zusatzleistungen, die im Sachverständigenplan nicht vor-
gesehen waren,**

mit den 400 Millionen aus der Uebergangszeit, mit dem Gean-
wert für das verlorengegangene Staatsvermögen in Polen und
den Liquidationsüberschüssen. In allen drei Fällen, so sagte er,
kamen Mehrleistungen über die Annahmen der Sachverständigen
hinaus nicht in Frage. Bei den Beträgen aus der Uebergangs-
zeit hätten die gegnerischen Sachverständigen das Recht Deutsch-
lands auf die Ueberflüsse bestritten. Zur Anrechnung des
Staatsvermögens hätten die Sachverständigen erklärt, daß sie
gegenstandslos werden sollten. Dadurch sei Deutschland jede
Möglichkeit genommen worden, an Polen noch
irgend welche Forderungen zu stellen. Ebenso wenig
habe uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grund-
lage gegeben, um die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse
an Deutschland zu verlangen. Beim

Abkommen mit Polen

sei es der Regierung wenigstens gelungen, die Frage aus dem
Young-Plan herauszunehmen und in ein Sonderabkommen ein-
zuführen, das uns auf nationalpolitischem Gebiet Gegenleistungen
gewähre. Die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse habe
Deutschland, namentlich England gegenüber, mit äußerstem Nach-
druck vertreten. Es sei tief zu bedauern, daß wir damit keinen

Als Hauptbearbeiter der neuen
Finanzgesetze, die in den letzten
Wochen im Mittelpunkt der
Beratungen des Kabinetts und
der Parteiführer standen, gel-
ten die folgenden Ministerial-
direktoren des Reichsfinanz-
ministeriums. Von links nach
rechts: Ministerialdirektor Dr.
Zarden, der Referent für
die Besteuerungen, Ministerial-
direktor Graf Schwerin
von Krosigk, der General-
referent für den Etat, und
Ministerialdirektor Ernst, der
für die Verbrauchssteuern zu-
ständig ist.

Erfolg gehabt hätten. Die Zahlungen auf die belgischen
Markforderungen seien keine Zusatzleistungen.

Dann fuhr der Kanzler wörtlich fort:

„Von der Opposition ist immer wieder die Frage
aufgeworfen worden, ob und für wie lange die
Reichsregierung den Young-Plan für durchführbar
hält. Weder die Reichsregierung noch irgendein
Sachverständiger, noch überhaupt irgendein Mensch in
der Welt kann meiner Ansicht nach heute mit ehrlicher
Überzeugung über die Auswirkungen des Young-
Planes Sicheres prophezeien.“

Bei diesen Worten setzte ein ungeheurer Lärm auf der rechten
Seite des Hauses ein. Immer wieder wurden Rufe laut: „Das
wollen Sie doch unterschreiben!“ Der Abgeordnete Goebels
(Natzohr), der dem Kanzler „Phantasten“ vorwarf, wurde vom
Präsidenten Stöbe zur Ordnung gerufen.

Der Kanzler fuhr fort: „Wir können nur feststellen, daß
Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn
durchzuführen, annimmt. Die Reichsregierung glaubt sich um so
mehr in der Lage, für die Unterschrift unter dieses Vertragswerk
einzustehen, als in ihm selbst die Entwicklungsmöglichkeiten ent-
halten sind, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirt-
schaftslebens eingeschaltet werden mußten. — Mit der Verabschie-
dung der Young-Gesetze, so meinte der Kanzler weiter, werde ein
neuer Abschnitt erreicht. Soweit es durch Verträge überhaupt ge-
schehen könne, sei Deutschland in Zukunft vor Ereignissen, wie es
sie in der Vergangenheit auf Grund einseitiger Entscheidungen
über sich ergehen lassen mußte, gesichert. Er kam dabei auf

die Sanktionsfrage

zu sprechen und äußerte sich, Deutschland habe nichts anderes ver-
suchen können, als solche Möglichkeit auf den wirklich äußersten
Fall zurückzuschrauben. Der äußerste Fall trete nur dann ein,
wenn Deutschland den Plan abschlägig zerzeihe. Die deutschen
Bevollmächtigten in Haag hätten die Erwähnung des äußersten
Falles mit Recht bedauert. Als zweites großes Ziel stehe neben
der neuen Reparationslösung die Räumung der besetzten
Gebiete. Leider hätten die Saarverhandlungen noch
zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Unter Widerspruch der
Opposition sprach der Kanzler die Hoffnung aus, daß der Re-
gierung die Befreiung des Saargebietes bald gelingen werde.

Der Reichskanzler kam dann auf

das Finanzreformprogramm der Regierung

zu sprechen. Er meinte, erst die jegige Rückkehr zu stabilen und
festen Verhältnissen mache den Weg zu einer auf lange Sicht ab-
gestellten finanz-, staats- und wirtschaftspolitischen Reform frei.
Die Verwirklichung sei hinausgeschoben worden, aber die Re-
gierung erkläre erneut, daß Deutschlands Wirtschaft dringend

der Entlastung bedürfe, die zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt
durchgeführt werden müsse. Dann folgten Ausführungen all-
gemeiner Art über die Sanierung der Finanz- und Kassenlage des
Reiches, der Länder und Gemeinden, über die künftige Finanz-
politik, über die deutsche Sozialpolitik und über die Notie der
Landwirtschaft.

Wirksame Maßnahmen gegen die Landwirtschaftsnot
seien in Vorbereitung und würden rasch durchgeführt werden.
Wenn die volle Ausschöpfung der inländischen Landwirtschafts-
erzeugnisse und die Beschränkung der Einfuhr auf den notwen-
digen Bedarf gelingen solle, bedürfe es der Mitarbeit der ge-
samten Bevölkerung.

Scharf werde man allen Bestrebungen entgegenzutreten, die
politische Unruhen in Deutschland herbeizuführen wollten.
Die Furcht vor solchen Unruhen trage dazu bei, die Kapitalflucht
zu fördern. Eine Gefährdung der deutschen Währung sei ausge-
schlossen.

Abg. Dauch (D. Vp.) gab für das Zentrum, die Sozial-
demokraten, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei zu den
Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland
eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Ab-
kommen nur zustimmen, weil sonst England den Neuen Plan viel-
leicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die
Beschränkung der Freigabe des liquidierten Eigentums und nament-
lich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung aus-
gesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine
andere Auffassung durchsetzen werde. — Der Abgeordnete
Wallraf (D. N. V. V.) richtete an die Regierung die dringende
Bitte, die Saargefrage nicht ruhen zu lassen. Die Lage der Deutschen
im Osten sei erschütternd. Man spreche so viel von deutschem
Aufstieg, die Erkenntnis der wahren Verhältnisse in Deutschland
würde aber geringer als der Wunsch, Deutschland als zahlungs-
fähigen Schuldner zu haben. In dem Konversationslexikon des
deutschen Außenministers ständen die Worte: „Ich lehne ab“ an
erster Stelle, wenn er sich mit der deutschen Opposition ausein-
andersehe. Wenn er diese Worte den Polen gegenüber häufiger
angewendet hätte, stände es besser um die deutschen Interessen im
Osten. Der deutschen Regierung müsse man den Rat geben, nicht
wieder Verträge in Zeitläuften abzuschließen, wo ihr das Messer
an der Kehle sitze. Wenn die Annahme des Young-Planes eine
kurze Blüte der deutschen Wirtschaft erzeuge, so werde sie auf
Kosten einer Belastung für mehrere Generationen erkauft. Der
Reichspräsident habe die Annahme mit einer erheblichen Mehr-
heit gewünscht. Die deutschnationale Fraktion werde den Antrag
stellen, die Verkündung der Gesetze auszusetzen. Die Deut-
snationalen wollen in aller Ehrerbietung dem Reichspräsidenten
Gelegenheit geben, zu prüfen, ob er unter diese Dokumente seinen
weltgeschichtlichen Namen setzen wolle. — Dr. Brüning (Z.)
legte noch einmal die Gründe dar, die die Zentrumspartei ver-
anlaßt haben, für die Young-Gesetze zu stimmen. Er wies auf
die Freude in der dritten Zone des besetzten Gebietes hin, hob
aber hervor, daß es keine ungemischte Freude sei, weil tatsächlich
die staatsrechtliche Gleichstellung des Rheinlandes mit dem übrigen
Deutschland nicht erreicht sei. Die juristischen Formulierungen
des Young-Planes hätten das Zentrum nicht veranlassen können,
dem Plan leichten Herzens zuzustimmen. Die Haltung sei vor
allem durch wirtschaftliche Erwägungen beeinflusst worden.

Dr. Brüning verlas anschließend einen

Antrag der Regierungsparteien,

in dem es heißt: „Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichs-
kanzlers, vor allem die Feststellung, daß die beteiligten Re-
gierungen alle Streitfragen aus dem Neuen Plan der Schieds-
gerichtsbarkeit unterstellen, daß ferner nur die fünf Gläubiger-
regierungen die Berechtigung haben, in dem sogenannten äußer-
sten Fall gegen Deutschland vorzugehen, daß sie sich ferner ver-
pflichtet haben, vorher den Ständigen Internationalen Gerichts-
hof im Haag anzurufen. Der Antrag beschäftigt sich dann ferner
mit der weiteren Erklärung des Kanzlers, daß der bestehende
Sonderauschuß auf deutsche Anregung hin bei einer Gefährdung
der Währung oder des Wirtschaftslebens eine gründliche Prüfung
der Lage Deutschlands vornehmen muß. Zum Schluß kommt der
Antrag auf das Transferproblem. Die Erklärung der
Regierung sei dahin auszulegen, daß bei einer Transferhäufung

